

Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände GbR · Lindenstraße 34 · 14467 Potsdam

Bruckbauer & Hennen GmbH
Schillerstraße 45
14913 Jüterbog

1079/2024
Herr Schirmer
Tel: 0331/201 55-52
Ihr Zeichen:

Potsdam, 04.07.2024

vorab per Fax:
vorab per email: info@bruckbauer-hennen.de

Stellungnahme, Äußerung und Einwendung der o.g. anerkannten Naturschutzverbände zum Entwurf zur Änderung des Gesamt-Flächennutzungsplanes der Gemeinde Nuthe-Urstromtal

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Landesbüro vertretenen anerkannten Naturschutzverbände Brandenburgs bedanken sich für die Beteiligung und übermitteln Ihnen nachfolgend ihre Stellungnahme, Äußerung und Einwendung zum o.g. Verfahren:

Wir können dem FNP-Entwurf in dieser Form nicht zustimmen. Er enthält auch nach der Korrektur der zahlreichen Fehler noch zu viele Unstimmigkeiten und ist so auch nicht rechtskonform.

Ganz allgemein gibt es mit diesem vorliegenden FNP-Entwurf große formale Probleme. So finden sich in der Abwägungstabelle bei offensichtlichen Fehlern und dementsprechendem Änderungsbedarf immer wieder folgende Formulierungen „wird im Verfahren geprüft und ggf. überarbeitet“. Es wird hier nicht ersichtlich, was damit gemeint ist. Welche Umstände führten zu einer Überarbeitung? Hier scheint ein schwerwiegendes Missverständnis im Umgang mit den Stellungnahmen vorzuliegen. Eine Abwägungstabelle muss das Ergebnis der Prüfung zeigen, denn über dieses Ergebnis muss die Gemeindevertretung entscheiden. Wenn dieses Ergebnis zu Änderungen in der Begründung und im Umweltbericht führt, sind diese entsprechend im Text kenntlich zu machen oder in einer Änderungsübersicht darzustellen. In der vorliegenden Begründung kann man dagegen nur durch Textvergleich der aktuellen Fassung mit der alten Fassung von Dezember 2023 herausfinden, ob etwas „gegebenenfalls“ geändert wurde. Es war nicht einmal möglich, Seitenangaben in der Abwägungstabelle an den aktuellen Begründungstext anzupassen. Diese Vorgehensweise ist absolut intransparent und eine Zumutung für alle Bürgerinnen und Bürger.

Zu den formalen Fehlern gehört auch das Fehlen eines Verzeichnisses der verwendeten Quellen. Einige der Quellen werden zumindest als Fußnoten aufgeführt, andere, wie das Fachgutachten „Erneuerbare Energien“, fehlen ganz.

Wie wir in unserer Stellungnahme vom 14.12.2023 deutlich gemacht haben, bezieht sich der FNP an vielen Stellen auf den Landschaftsplan von 1998. Der Landschaftsplan ist daher erforderlich, um die Änderungen im FNP nachzuvollziehen. Er gehört damit zu den umweltrelevanten Unterlagen, die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB im Internet veröffentlicht werden müssen. Nach wie vor – und entgegen der Behauptung in der Abwägungstabelle (S. 104) – ist der Landschaftsplan im Internet nicht auffindbar und demnach nicht digital veröffentlicht. Daher ist die Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 BauGB zu wiederholen, der Landschaftsplan ist mit auszulegen. Diese Notwendigkeit wird auch in der Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde erläutert.

Darüber hinaus schließen wir uns dem Hinweis der Unteren Naturschutzbehörde an, dass der Landschaftsplan nicht mehr aktuell ist und, entsprechend § 11 Absätze 2 und 4 BNatSchG, erneuert werden muss. Die lapidare Äußerung dazu in der Abwägungstabelle (S. 14) „Die Aussagen zum Landschaftsplan unter Punkt 2.1.5 (S. 15) werden dahingehend ergänzt“ zeigt deutlich, dass die Kritik der Unteren Naturschutzbehörde nicht einmal ansatzweise verstanden wurde. Für die Erarbeitung des FNP scheint es dringend notwendig, sich mit den Rechtsgrundlagen vertraut zu machen. Dies scheint im vorliegenden Fall nicht erfolgt zu sein.

Der FNP-Entwurf bezieht sich auf Seite 20 aber auch auf das Fachgutachten „Erneuerbare Energien“ der Gemeinde Nuthe-Urstromtal (2021), das ebenfalls nicht im Internet auffindbar ist. Die Ausweisung von Sondergebieten für Photovoltaik beruht auf diesem Gutachten. Es ist daher auch umweltrelevant und mit auszulegen.

Auch die meisten unserer weiteren Kritikpunkte und Anregungen wurden im Abwägungsprozess leider nur ungenügend behandelt:

1. Flächen für Wohnbebauung

Wir hatten die im FNP-Vorentwurf vorgesehenen Wohnbaufläche von 52 ha als mehr als reichlich bemängelt und aus diesem Grund eine Begründung gefordert. Unsere Kritik basierte auf die in der Begründung angegebenen Bevölkerungszahlen (Prognose Wachstum, S. 23) und der prognostizierten Pro-Kopf-Wohnfläche der Eigentümerhaushalte von 49 m² (Kapitel 4.1, S. 25). Daraus (7100 Einwohner x 49 m²/Einwohner) ergibt sich ein Wohnflächenbedarf von 34,8 ha. Die Antwort darauf in der Abwägungstabelle ist ein Hinweis auf Kapitel 4.2 „Entwicklungskonzept Siedlungsplanung“. In diesem Kapitel wird auf einen „wachsenden Nutzungsdruck aufgrund steigender Bevölkerungszahlen“ verwiesen. Genau dies haben wir bei unserer Berechnung berücksichtigt. Es fehlt also weiterhin eine Begründung für den Flächenbedarf. Es ist darzulegen, nach welcher Berechnungsformel der Wohnbauflächenbedarf von nun sogar 54 ha (S. 45) aus der prognostizierten Pro-Kopf-Wohnfläche ermittelt wird. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass auch die gemischten Bauflächen (328 ha) Wohnnutzungen erlauben. Diese sollten also in der Flächenbilanz anteilig als potenzielle Wohnbauflächen berücksichtigt werden.

Im Zusammenhang mit den geplanten Wohnbauflächen weisen wir darauf hin, dass der Bebauungsplan Felgentreu „Kemnitzer Straße“ gegen den LEP-HR verstößt und daher nicht genehmigungsfähig ist (siehe unsere Stellungnahme vom 29.04.2021).

2. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen

Wir hatten die Bergbauflächen in der Flächenbilanz vermisst. Nun wird in der Abwägung erläutert, dass diese Flächen nachrichtliche Übernahmen sind und sich mit anderen Flächen überlagern. Dies sollte dann aber auch so in die Begründung aufgenommen werden. Die Überlagerung mit anderen Flächen kann allerdings kein Argument sein, um diese Flächen nicht in die Flächenbilanz aufzunehmen. Sie könnten als Bergbaufläche mit Wald bzw. als Bergbaufläche mit Landwirtschaft in die Flächenbilanz eingehen.

3. Flächen für Landwirtschaft

Wir hatten darauf hingewiesen, dass der Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen im FNP-Vorentwurf einmal mit 45 % und einmal mit 34,1 % angegeben wurde. Auf Seite 36 des aktuellen FNP-Entwurfs findet sich jetzt die Angabe von 34,1 %, aber die Flächenbilanz in Tabelle 4 (S. 45) weist nun einen Flächenanteil von 33,8 % als landwirtschaftlich genutzt aus. Es sollte doch möglich sein, diese Angaben zu vereinheitlichen. Insgesamt hat sich damit die landwirtschaftlich genutzte Fläche seit 1998 um 1068 ha verringert. Diese Verringerung der landwirtschaftlichen Flächen erfordert eine entsprechende Anpassung im Landschaftsplan. Auf unseren entsprechenden Hinweis wird in der Abwägungstabelle nicht eingegangen. Unsere Frage nach den Ursachen des Rückgangs der landwirtschaftlichen Flächen seit 1998 wurde leider nur in der Abwägungstabelle beantwortet. Dies sollte in den Begründungstext mit aufgenommen werden.

Irritierend sind auch die Angaben zu der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (S. 37). Bedeuten die unterschiedlichen Angaben, dass zwar dem Landwirtschaftsamt 45 Betriebe im Gemeindegebiet bekannt sind, von diesen aber nur 17 im Gemeindegebiet angemeldet sind? Wie ist das zu verstehen?

Wir hatten bemängelt, dass sich Vorrangflächen Landwirtschaft mit Sonderbauflächen für Photovoltaik bei Frankenförde und bei Ruhlsdorf überschneiden. Dies wird in der Abwägungstabelle und nur dort, nicht in der Begründung, damit erklärt, dass Überschneidungen aufgrund von Agri-PV-Projekten sinnvoll sind. In der Tat sieht der Regionalplan derartige Doppelnutzungen als Ausnahme vor. Es bleibt aber die Frage, warum diese Erklärung nicht Eingang in die FNP-Begründung gefunden hat. Darüber hinaus ist zumindest bei den beiden geplanten Solarparks bei Frankenförde kein Agri-PV vorgesehen. Die dort vorgesehenen kleinen Landwirtschaftsflächen (Grünlandnutzung) dienen größtenteils als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Laut B-Plan Frankenförde-Nord handelt es sich bei der für den Solarpark vorgesehenen Fläche nicht um eine Vorrangfläche für die Landwirtschaft. Dieser Widerspruch sollte überprüft werden.

Die entsprechende Überschneidung im FNP-Entwurf bei Frankenförde und bei Ruhlsdorf sind daher zu korrigieren oder im FNP-Entwurf zu begründen.

Die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft im Regionalplan hat schließlich genau die Absicht, wertvolle Böden vor der Umwandlung zu gewerblichen Flächen zu schützen.

4. Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Zu diesem Thema wurde der Text in der Begründung zwar grundlegend geändert, unsere Fragen bleiben aber bestehen.

So handelt es sich laut der aktuellen Darstellung im FNP-Entwurf um Eingriffs- und Kompensationsflächen des Landes Brandenburgs und um Maßnahmenflächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft aus rechtskräftigen Bebauungsplänen (insgesamt 1.041,3 ha) sowie um Ausgleichs- und Ersatzflächen aus dem Landschaftsplan von 1998 (360,7 ha). Letzteres wäre den - allerdings nicht zugänglichen - Landschaftsplanunterlagen zu entnehmen (S. 38). Die wesentlichen Fragen sind damit aber nicht geklärt und wir wiederholen sie daher hier noch einmal:

Da diese Flächen als Flächenpool dem Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft dienen sollten und sollen, ist zunächst einmal darzustellen, welche dieser Flächen bereits als Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt wurden und daher nicht mehr für die durch den FNP vorbereiteten Eingriffe zur Verfügung stehen. Welche Flächen sind als Ausgleich- und Ersatz für die bereits in Planung befindlichen Einzelflächen vorgesehen bzw. stehen passende Flächen überhaupt zur Verfügung und was ist dort als Ausgleich und Ersatz geplant? Dies sind keine Fragen, die auf untergeordnete Ebenen verschoben werden können.

Tabelle 9 (S. 76 / 77) macht zwar jetzt für einige Flächen etwas konkretere Angaben, aber es fehlen weiterhin die Angaben zur Größe. Außerdem fehlen zum Teil die Ortsangaben und die Beschreibung der derzeitigen Biotop. Was ist gemeint, wenn mit diesen Flächen eine Ausgleichs- bzw. Ersatzwirkung für Arten und Biotop erreicht werden soll? Hier muss konkret benannt werden, für welche Arten bzw. Biotop etwas ausgeglichen werden kann.

Es muss auch bedacht werden, dass sich derartige Flächen im Laufe der Zeit verändern und zu ganz anderen, eventuell schützenswerten Biotopen entwickeln können. Man kann nicht einfach jede Fläche mit Hecken bepflanzen, aufforsten oder die Bewirtschaftung extensivieren. Die Veränderungen in der Landschaft im Laufe der Jahre sind auch ein Grund dafür, dass Landschaftspläne in regelmäßigen Abständen aktualisiert werden müssen.

5. Schutzgebiete, Naturdenkmäler gemäß § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile gemäß § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotop gemäß § 30 BNatSchG

Wir hatten darauf hingewiesen, dass im Plan sowohl die Naturdenkmale Bäume als auch Alleen fehlen, obwohl sie in der Legende vorgesehen sind. Nun wurden alle Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsbestandteile und geschützte Biotop aufgrund des Maßstabs aus dem Plan herausgenommen. Dies ist zwar zulässig, aber für Vorhabensträger ungünstig (siehe Stellungnahme der UNB). Es ist auch nicht nachvollziehbar, weil es durchaus möglich war, sämtliche militärische Ablagerungen einzuzeichnen.

6. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, Kompensationsbedarf

Auch wenn die Auseinandersetzung mit Arten- und Naturschutzkonflikten und damit dem Kompensationsbedarf auf FNP-Ebene nicht ganz so detailliert sein muss, wie auf den nachgelagerten Planungsebenen, so sind die stichpunktartigen Behauptungen zur Relevanz der Eingriffe ohne genauere Beschreibung der Biotop und des Artenspektrums in Tabelle 6 (S. 69) völlig unzureichend, um daraus nachvollziehbare Schlüsse auf den erforderlichen Ausgleich- und Ersatz bzw. die Notwendigkeit von Ausnahmegenehmigungen ziehen zu können. Wir schließen

uns daher den diesbezüglichen Forderungen der UNB an (S. 16 ff. der Abwägungstabelle): „.....Das heißt, es ist anhand **vorhandener Artendaten** und Potenzialabschätzungen für jede Änderungsfläche **zu analysieren**, ob der besondere Artenschutz berührt wird und im Konfliktfall einer Planrealisierung grundsätzlich entgegen steht oder in nachgelagerten Planebenen/ Genehmigungsverfahren gelöst werden kann...

Die überschlägige artenschutzrechtliche Prüfung muss – wie die schutzgutbezogene Analyse – für alle Änderungsflächen dargelegt werden. Für jede Fläche ist dabei anhand vorhandener Artendaten und einer Potenzialanalyse **auf Basis einer Biotopkartierung** durch einen Sachverständigen **das planrelevante Artenspektrum** zu identifizieren.“

Eine Analyse bedeutet, dass man die vorhandenen Daten vorstellt und auswertet. Aussagen, wie „geringe biologische Vielfalt, Artvorkommen Feldlerche, Zauneidechse“ haben mit einer Analyse nichts gemeinsam. Diese Auseinandersetzung mit den geplanten Eingriffen ist erforderlich und muss nachgeholt werden.

Der Kompensationsbedarf ist danach auch quantitativ zu bestimmen, und darf sich nicht allein auf die Neuversiegelungsfläche beschränken.

Auch die Aussagen zu Beeinträchtigungen der Natura 2000-Gebiete in Tabelle 6 sind völlig unzureichend; es sind einfach nur Behauptungen, aber keine Prüfungen, wie es zu Recht in der Stellungnahme der UNB verlangt wurde.

Tabelle 6 gibt zwar erhöhtes Verkehrsaufkommen aufgrund der geplanten Wohngebiete an, aber es fehlen Bewertung und Kompensation. Auch dies muss nachgeholt werden.

Darüber hinaus sind die Auswirkungen der geplanten Solarparks bei Frankenförde weiterhin unzureichend dargestellt. In der Abwägungstabelle wird auf die rechtswirksamen B-Pläne verwiesen. Laut Tabelle 1 (S. 19) sind die B-Pläne für die Solarparks bei Frankenförde noch in der Aufstellung. Selbst wenn die B-Pläne rechtswirksam wären, so dürfen in einem FNP die Fehler im B-Plan bezüglich der Auswirkungen nicht einfach übernommen werden. Wir verweisen daher noch einmal auf unsere Stellungnahme vom 19.01.2023 zu den beiden entsprechenden Bebauungsplänen. Unter anderem führt die Grünlandnutzung unter den Modulen nicht zu einer Kaltluftentstehung, sondern zu einer Reduzierung der Albedo und damit zu einem lokalen Temperaturanstieg (Barron-Gafford et al. 2016). Wir bitten, diese Auswirkung entsprechend zu korrigieren oder zu begründen, warum die Aussagen bei Barron-Gafford et al. (2016) nicht stimmen. Darüber hinaus sind dort auch deutlich mehr Arten als nur Feldlerche und Zauneidechse von den Planungen betroffen.

Wir hatten bereits darauf hingewiesen, dass die Vorschläge zu den Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen im Umweltbericht (S. 73-76) zwar umfangreich, aber zum Teil selbst als A/E-Maßnahme nicht umsetzbar sind. Leider wird auf diese Kritik in der Abwägungstabelle nicht eingegangen. Stattdessen heißt es, dass „eine Konkretisierung bei der Umsetzung in nachgelagerten Planungsprozessen erfolgt“. Es ist jedoch nicht zielführend, eine Liste mit nicht umsetzbaren A/E-Maßnahmen aufzustellen. Eine Überarbeitung der Liste ist daher erforderlich.

Fazit:

Der FNP-Entwurf weist weiterhin große Mängel auf. Er muss überarbeitet werden und zusammen mit dem Landschaftsplan und allen weiteren umweltrelevanten Unterlagen erneut ausgelegt werden.

Wir bitten um eine weitere Beteiligung in diesem Verfahren. Für den Fall, dass in dieser Sache ein das Verfahren beendender Bescheid ergeht (Zustimmung, Ablehnung, Einstellung), beantragen wir auf Grundlage von §3 Abs. 1 UIG deren Übersendung mit Eingangsbestätigung, vorzugsweise per E-Mail an info@landesbuero.de.

Mit freundlichen Grüßen



i.A. Thomas Schirmer

Literatur:

Barron-Gafford, G.A., Minor, R.L., Allen, N.A., Cronin, A.D., Brooks, A.E., Pavao-Zuckerman, M.A. (2016): The Photovoltaic Heat Island Effect: Larger solar power plants increase local temperatures.- Scientific Reports | 6:35070 | DOI: 10.1038/srep35070 (<https://www.nature.com/articles/srep35070>)